

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ewald Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Röllischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 60 Pfg.
Bergnigungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Maigedanken.

Die Pflege der internationalen Solidarität der Arbeiter, die Bekämpfung des Krieges, der Ausbau der Arbeiterschutzesgesetzgebung, die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, das sind die Forderungen, für die nach dem Beschluß des internationalen Kongresses in Paris im Jahre 1889, der in der Folge verschiedene Erweiterungen erfuhr, die Arbeiter aller Länder am 1. Mai jedes Jahres demonstrieren sollen.

Diese Beschlüsse, diese Forderungen und besonders die Demonstration für sie könnten heute, wo wir zum dritten Male im Weltkrieg vor der Maifeier stehen, unzeitgemäß und veraltet erscheinen. Die zweite Arbeiterinternationale, die am hundertsten Jahrestag des Bastillesturms, der Einleitung der großen französischen Revolution, errichtet wurde, besteht nicht mehr. Wir können uns der Tatsache nicht verschließen, daß der Ausbruch des Krieges die Sterbestunde dieser Internationale war. Alle seither unternommenen Versuche, sie zum Leben zurückzurufen, sind gescheitert. Aber nur die Form ist tot; der Geist der Internationale lebt. Mögen sich auch Hunderttausende von Proletariern als Feinde an den verschiedenen Fronten gegenüberstellen, das Gefühl der Klassen-solidarität ist deshalb nicht in ihnen ertötet. Sie werden, wenn der Bann von ihnen genommen ist, der auf ihnen lastet, sich erneut die Bruderhand entgegenstrecken. Die anscheinend tote Internationale wird in schönerer und besserer Form zu neuem Leben erwachen. Hat der gegen den Willen der Völker erfolgte Ausbruch des Krieges gezeigt, daß die alte Internationale ihre Macht überschätzt hat, als sie glaubte, Kriege verhindern zu können, so wird die künftige Internationale um so größeren Wert darauf legen, wirkliche Macht zu erringen, um den Frieden und die Wohlfahrt der Völker sicher zu gründen.

Die eigentliche Ursache dieses Krieges ist der Imperialismus, das Machtbedürfnis der herrschenden Klassen. Die Bourgeoisie braucht, um ihre Herrschaft zu sichern, immer neue Absatzgebiete für ihre Waren. Reiz und Mißgunst sind die Triebfedern für das Streben, das Herrschaftsgebiet des eigenen Landes auszudehnen. Das führt zu Eifersüchteleien zwischen den Nationen, die schließlich im Kriege ihre Entladung finden. An den Vorteilen, welche die eigentlichen Kriegstreiber von dem Kriege erhoffen, sind die Arbeiter der einzelnen Länder wenig interessiert, um so schwerer müssen sie an den Lasten des Krieges tragen, und diese Last wird für die Arbeiterklasse des unterliegenden Landes unerträglich, wenn der siegreiche Gegner seinem Eroberungsdrang, seinem Willen, den wirtschaftlichen Konkurrenten zu vernichten, ungehemmt die Zügel schießen lassen kann. Diese Sachlage zwingt den Arbeitern eines jeden Landes die Waffen in die Hand zur Verteidigung des bedrohten Vaterlandes. Das führt dazu, daß die Millionen, die sich viel lieber die Bruderhand entgegenstrecken würden, als verderbenbringende Feinde einander gegenüberzutreten müssen.

Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß wir dem Ende des blutigen Ringens entgegengehen. Die Kraft aller am Kriege beteiligten Völker ist auf das höchste angespannt. Überall fühlt man die Schrecken des Krieges, überall grinst uns das Elend entgegen. Mit Jubel wird man in allen Ländern die Wiederkehr des Friedens begrüßen, der aller Voraussicht nach ein Verständigungs-friede sein wird, der die hochgespannten Erwartungen der Annexionspolitiker hüben wie drüben unerfüllt läßt. An den Folgen des Krieges werden aber die Völker noch sehr lange schwer zu tragen haben. Das wird den Wunsch nach ausreichender Sicherung eines dauernden Friedens bei allen Völkern verstärken.

Die wahren Träger des Friedensgedankens sind aber nicht die Diplomaten der Regierung, die den Friedenspakt formell abschließen, sondern das sind die Arbeiter aller Länder. Schon jetzt, während noch die Nationen donnern, bemühen sich die Arbeitervertreter, dem Frieden vorzuarbeiten. Besonders die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse haben sich, ohne die Pflicht der Vaterlandsverteidigung aus dem Auge zu lassen, von Beginn des Krieges an unablässig für die Herbeiführung des Friedens bemüht. Jetzt wird ihr Wirken weiteren Kreisen offenbar, und zugleich steigt die Hoffnung, daß es zum ersehnten Ziel führt. Das ist eine wertvolle Vorarbeit für die Wiedererrichtung der Arbeiterinternationale. Deren Existenz ist unabhängig von dem guten oder bösen Willen einzelner. Sie ist notwendig, deshalb wird sie bestehen, und aus den Erfahrungen des Krieges wird sie die Lehren ziehen, die ihr eine kraftvolle Entfaltung und den Einfluß sichern, den sie vor dem Kriege nicht besaß.

Auch die Gewerkschaften werden das Band, das sie mit den gleichgesinnten Organisationen der anderen Länder verbindet, gleich nach dem Kriege fester schlingen. Ganz zerissen ist es erfreulicherweise nicht. Der Bericht des Sekretärs der Internationalen Union der Holzarbeiter, den wir an anderer Stelle dieser Nummer abdrucken, zeigt, daß auch unter den erschwerenden Umständen des Kriegszustandes nicht an Bemühungen gescheit hat, die Beziehungen zu den Berufsgenossen in den anderen Ländern aufrechtzu-

erhalten. Wenn der Friede wieder einzieht, der wirtschaftliche Verkehr zwischen den Nationen, die jetzt im Kriege liegen, sich von neuem anbahnt, dann wird die Aufrechterhaltung enger Beziehungen zwischen den Berufsorganisationen der verschiedenen Länder ganz unentbehrlich sein.

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche internationale Gewerkschaftsarbeit sind aber leistungsfähige nationale Gewerkschaften. Der größte Nachdruck muß auf die Organisierung der Arbeiter im eigenen Lande gelegt werden. Man hat bisher geglaubt, daß das Verständnis für die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Tätigkeit Gemeingut in der deutschen Arbeiterbewegung sei, daß die Bewertung der gewerkschaftlichen Tätigkeit als „Sisyphusarbeit“ durch die Tatsachen widerlegt ist. Es scheint jedoch, als werde beabsichtigt, auch auf diesem Gebiet eine Neuorientierung zu propagieren. Zu Ostern wurde in Gotha eine neue Arbeiterpartei gegründet. In der Programmrede, die der Vorsitzende der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei“, Rechtsanwalt Haase, hielt, beschäftigte er sich auch mit den Gewerkschaften, die er sehr abfällig kritisierte. Daß diese Kritik, um stärkeren Eindruck zu machen, mit einer Verdächtigung der Gewerkschaftsangehörigen verbunden wurde, kann nach all dem, was man bisher auf diesem Gebiet erlebt hat, nicht weiter wundernehmen. Der Kern der Kritik richtet sich aber gegen die Gewerkschaften selbst. Der Abgeordnete Haase sagt von den Gewerkschaften: „Sie werden beherrscht von einer engbrüstigen Bürokratie, die nach kleinen Vorteilen haßt und eine Rechnung mit Pfennigen führt. Die kleinen Vorteile werden dann über Gebühr aufgebaut.“

Es ist verständlich, daß derjenige, der sich mit großen Zielen beschäftigt, der Pläne schmiedet für eine grundstürzende Aenderung der Staats- und Gesellschaftsordnung, die Rechnung mit Pfennigen unendlich kleinlich findet. Das wird um so mehr der Fall sein, wenn er selbst in wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, die ihn die Not des Alltags nicht unmittelbar persönlich empfinden lassen. Die Masse der Arbeiter ist aber nicht in dieser glücklichen Lage. Mit glühender Sehnsucht erstreben auch sie eine Wirtschaftsordnung, welche die Klassenherrschaft beseitigt, eine Ordnung, die jeden verpflichtet, nützliche Arbeit zu leisten, aber auch jedem Gewähr bietet für einen ausreichenden Lebensunterhalt. Der Genuß der Errungenschaften der Kultur soll nicht mehr das Vorrecht der Besitzenden sein, die sich den Ertrag der Arbeit der breiten Volksmasse aneignen, das ganze Volk soll sie genießen; der Reichtum der Nation soll allen ihren Gliedern zugute kommen.

Ein schönes Ziel fürwahr! Aber es ist ein weiter, beschwerlicher Weg, der dahin führt. Die Phantasie setzt sich leicht über alle Hindernisse hinweg, aber die raue Wirklichkeit lehrt uns, daß jeder Fortschritt Stück für Stück mühsam erkämpft werden muß. Die Rechnung mit Pfennigen, die den besüßelten Geist immer wieder mit Erdschwere belastet, läßt sich nicht vermeiden. Sie ist die eigentliche Aufgabe der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind sich wohl bewußt, daß sie schwere Kärnerarbeit verrichten. Mühsam, aber ohne Rast tragen sie die Bausteine zusammen, aus denen das Haus der Zukunft errichtet werden soll. Und den vielverlächtesten Gewerkschaftsangehörigen ist es zu einem guten Teil zu danken, daß der Geist der Arbeiterklasse nicht völlig in Anspruch genommen wird von der Sorge um das tägliche Brot. Sie sind es, die den Blick der Arbeiter weiter lenken. Mit voller Absicht wirken sie darauf hin, das Kulturniveau der Arbeiterklasse zu heben. Die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ist in dem gewerkschaftlichen Programm der Punkt, der noch höher steht als das Streben nach hohem Lohn. Kurze Arbeitszeit macht den Arbeiter erst zum vollwertigen Menschen. Kurze Arbeitszeit weckt das Bedürfnis nach höheren Genüssen, schafft erst die Möglichkeit, daß sich auch die breite Masse mit fernem liegenden Problemen beschäftigt und mit Verständnis und Eifer an dem Bau unseres Zukunftsgebäudes mitwirkt.

Die Gewerkschaften rechnen mit Pfennigen; in der Regel sind es jedesmal nur wenige Pfennige, um die der Stundenlohn erhöht wird. Aber der Arbeiter, dessen ganze wirtschaftliche Existenz auf die Pfennigrechnung aufgebaut ist, weiß den Vorteil, den ihm diese Gewerkschaftstätigkeit bietet, wohl zu würdigen, ebenso wie die schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit. Als der 1. Mai als der Tag der Demonstration für den Achtstundentag bestimmt wurde, galt diese Forderung als eine Utopie. Heute ist sie gewiß noch nicht allgemein durchgeführt, aber wir sind dem Ziele doch schon merklich nähergerückt, und in recht vielen Fällen ist es bereits erreicht. Ähnlich ist es mit unserer Forderung nach gesetzlichem Arbeiterschutz. Er setzt sich nur langsam und nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten durch. Leicht ist die gesetzliche Regelung nur eine Sanktionierung des bestehenden Zustandes, der schrittweise durch die Gewerkschaften erkämpft wurde.

Der Maientag der Arbeiter ist so recht eigentlich eine Mahnung zu eifrigster gewerkschaftlicher Betätigung. Ihre Notwendigkeit hat der Krieg nicht vermindert. Wir müssen weiter blicken, wir dürfen die großen Ziele der Arbeiterbewegung nie aus dem Auge verlieren. Aber wir können nicht blindlings auf sie zurasen, ohne die Hindernisse, die

auf dem Wege liegen, zu beachten. Die Gewerkschaftsbewegung bemüht sich, diese Hindernisse wegzuräumen. Das ist eine mühsame und beschwerliche Arbeit. Das sollten auch jene bedenken, die auf der von den Gewerkschaften bereits geebneten Straße vorwärtsziehen, und sie sollten sich hüten, verächtlich über die Arbeit der Gewerkschaften zu urteilen.

Groß und schwer ist die Aufgabe, die der Arbeiterbewegung gestellt ist. Sie verlangt Mut und Hingabe von jedem einzelnen. Auf Schritt und Tritt erfahren wir aber auch, wie gering die Macht des einzelnen ist. Er wird niedergedrückt, erdrückt von den feindlichen Mächten. Riesenstark wird aber die schwache Kraft des einzelnen, wenn die Gleichstrebenden sich von einem einheitlichen Willen leiten lassen, wenn der einzelne aufgeht in der mächtvollen Organisation. Der Maientag erinnert uns an die Pflicht, für den Ausbau und die Kräftigung der Arbeiterorganisationen zu wirken. Das Element aber, das der Arbeiterorganisation die Macht verleiht, ist die Einigkeit. Das ist eine Lehre, die sich uns immer von neuem wieder aufdrängt. Mögen sie die Arbeiter künftig besser beherzigen, als es in der letzten Zeit der Fall war.

Jahresbericht der Internationalen Union der Holzarbeiter.

Dem „Bulletin der Internationalen Union der Holzarbeiter“ entnehmen wir den folgenden Bericht:

Im Jahre 1916 hat der Weltkrieg durch seine Ausdehnung auf Rumänien unsere internationale Verbindung noch mehr erschwert und eingeengt. Von den Ländern, deren organisierte Holzarbeiter vor dem Kriege unserer I. U. angeschlossen waren, sind jetzt elf am Kriege unmittelbar beteiligt. Diese Länder sind Belgien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kroatien-Slavonien, Oesterreich, Rumänien, Serbien und Ungarn. Ferner wird auch Finnland noch in dieser Reihe mit angeführt werden dürfen. Mit den Völkern und allen ihren Einrichtungen leiden auch die Arbeiterorganisationen in diesen Ländern schwer unter den direkten Wirkungen des Krieges. Von den 24 der I. U. angeschlossenen Holzarbeiter-Verbänden, die in diesen Ländern ihren Sitz haben, ist eine Anzahl wahrscheinlich durch den Krieg vorübergehend ganz zerstückt worden. Hieraus erklärt es sich wohl, daß aus den meisten dieser kriegführenden Länder, mit Ausnahme von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Oesterreich und Ungarn, keine Nachricht mehr von den dortigen Verbänden an den internationalen Sekretär gelangt ist.

Mit Frankreich und Großbritannien ist der Verkehr durch die Aufhebung der Postverbindungen natürlich sehr erschwert, er konnte jedoch auf dem Wege über die neutralen Nachbarländer trotzdem aufrechterhalten werden. Mit Großbritannien beschränkte er sich während des ganzen Jahres auf den Austausch der Druckfachen. Mehrere Briefe des internationalen Sekretärs, die über Dänemark nach Großbritannien gerichtet waren, blieben unbeantwortet und werden also wohl nicht in den Besitz der Adressaten gelangt sein. Auch sonst ist seit Ausbruch des Krieges kein Brief aus Großbritannien an den internationalen Sekretär gelangt. Auch der „Monthly Report“ des britischen Möbelarbeiter-Verbandes trifft nur unregelmäßig ein. Die empfangenen Nummern, aus denen wir mehrfach Auszüge im Bulletin veröffentlicht haben, brachten uns den erfreulichen Beweis, daß die Organisation unserer britischen Kollegen während des Krieges intakt geblieben und rührig tätig ist.

Härter getroffen sind anscheinend die weniger festgefühten Verbände in Frankreich. Die Möbelarbeiter haben ihr Verbandsorgan zu Beginn des Krieges eingehen lassen und auch eine andere Nachricht nicht mehr gegeben. Dagegen erhielten wir zwei Briefe vom Kollegen Picart in Paris, dem Sekretär des Bauarbeiter-Verbandes, die beide im Bulletin abgedruckt worden sind. Auch das Organ dieses Verbandes trifft auf dem Wege über die Schweiz wieder ein, so daß wir einige Mitteilungen daraus gleichfalls in unserem Bulletin veröffentlichen konnten.

Berichte über den Stand der Organisationen in Deutschland und Oesterreich und ihre Wirksamkeit während des Krieges sind uns wiederholt von den Verbänden erstattet und im Bulletin veröffentlicht worden. Nach ihrem Inhalt besteht die begründete Hoffnung, daß der Krieg, selbst wenn er noch länger fortzuauern sollte, die Organisationen der Holzarbeiter wohl geschwächt, aber in ihren Grundlagen nicht erschüttert hat.

Unsere Kollegen in den neutralen Ländern unterliegen mit der Gesamtheit ihrer Volksgenossen natürlich gleichfalls den Einwirkungen des Krieges. Ihre Organisationen können sich deshalb auch nicht wie in normalen Zeiten betätigen. Daß auch ihr Verkehr mit der I. U. gleichfalls weniger häufig geworden ist, erklärt sich von selbst aus dem Umstand, daß der Aktionsfähigkeit der I. U. jetzt recht enge Grenzen gezogen sind. Aber den Willen, die internationale Verbindung trotz aller Schwierigkeiten auch weiterhin aufrechtzuerhalten, haben die Verbände in diesen Ländern wiederholt, auch in ihren Berichten im Bulletin, entschieden zum Ausdruck gebracht. Besonders ausführliche und anschauliche Berichte hat der holländische Möbelarbeiter-Ver-

hand den Lesern des Bulletin erstattet. Aber auch aus der Schweiz, aus Dänemark, Schweden und Norwegen konnten wir mehrfach Mitteilungen über die dortigen Verhältnisse und die Tätigkeit der Holzarbeiter-Vereine hier zur Kenntnis bringen.

Der Postverkehr mit Amerika, der im Jahre 1915 noch, wenn auch mit großen Verzögerungen, funktionierte, scheint seitdem ganz unterbrochen zu sein. Jedenfalls hat eine Verbindung mit der J. U. im letzten Jahre nicht bestanden, auf Briefe des internationalen Sekretärs ist eine Antwort nicht erfolgt, so daß ihre richtige Ankunft bezweifelt werden kann.

Die im Laufe des Berichtsjahres stattgefundenen Auseinandersetzungen mit dem Schweizerischen Holzarbeiter-Verein über dessen Angriffe gegen die Haltung der deutschen Gewerkschaftsführer und auch des Sekretärs unserer J. U. seien heute nur der Vollständigkeit wegen nochmals erwähnt. Hinzugefügt mag noch sein, daß aus keinem anderen Land ähnliche Vorwürfe wie aus der Schweiz bisher gegen den internationalen Sekretär der Holzarbeiter erhoben worden sind.

Die Tätigkeit des Sekretärs mußte sich den leider gegebenen Beschränkungen anpassen. Selbst den Bemühungen, unser Bulletin als Bindeglied in regelmäßiger Folge herauszugeben, stellen sich mit der Länge des Krieges immer größere Schwierigkeiten entgegen. Deshalb haben im Jahre 1916 nur acht Nummern im ganzen erscheinen können, die in gewohnter Weise an die angeschlossenen Verbände und alle sonst bekannten Holzarbeiter-Organisationen der ganzen Welt verschickt worden sind, soweit erforderlich, durch Vermittlung von Kollegen in den neutralen Nachbarländern.

Die ungünstige Finanzlage der J. U., die schon vor dem Kriege bestand, hat unter den herrschenden Umständen natürlich auch in diesem Jahre keine Besserung erfahren können. Während im Jahre 1915 noch 28 Verbände ihre Beiträge entrichtet hatten, sind diese im letzten Jahre nur von 17 Verbänden rechtzeitig eingekammt worden. Sowohl hierdurch wie auch durch die Verringerung der Mitgliederzahl der Verbände infolge des Krieges ist die Gesamteinnahme an Beiträgen der J. U. von 3029 Mk. im Jahre 1915 auf 1800 Mk. im Jahre 1916 zurückgegangen. Da die Ausgaben, die sich hauptsächlich auf die Herausgabe des Bulletin beschränken, nicht in gleichem Maße verringert werden konnten, so hat sich das bereits im Jahre 1913 entstandene Defizit jetzt auf 6410 Mk. erhöht. Dieser Betrag ist, wie aus der Abrechnung ersichtlich, vom Deutschen Holzarbeiter-Verein vorläufig gedeckt worden.

An die Vorstände der Verbände richten wir zum Schluß das Ersuchen, die rückständigen Beiträge für das verflossene sowie auch diejenigen für das laufende Jahr baldigst an den Kassierer der J. U. einzusenden.

Ebenso erwünscht wäre die periodische Einsendung von Berichten für das Bulletin.

Der Sekretär der Internationalen Union: Th. Leipart.

Soziales.

Streiks in der Rüstungsindustrie.

Am 16. April begannen in den Betrieben der Rüstungsindustrie in Groß-Berlin und an einigen anderen Orten große Streiks, zu denen die an diesem Tage beginnende Erhebung der Brotkrone den Anlaß gegeben hatte. Diese Streiks waren nicht von der Gewerkschaft eingeleitet; ein sehr großer Teil der Streikenden ist auch nicht organisiert. Trotzdem hat die Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Vereins im entscheidenden Augenblick die Leitung übernommen und damit erreicht, daß durch Verhandlungen mit den Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden bestimmte Zusicherungen hinsichtlich einer gerechten Verteilung der Lebensmittel erlangt wurden. Ueber die Zahl der Streikenden gehen die Angaben auseinander. Bei der Kontrolle des Metallarbeiter-Vereins in Berlin meldeten sich am 16. April 210 000 Streikende. Zu den vielfach befürchteten Unruhen in den Straßen ist es nirgends gekommen. Am 17. April wurde von den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit für den folgenden Tag beschlossen.

Ob eine so umfangreiche Arbeitseinstellung im gegenwärtigen Augenblick politisch klug war, kann zweifelhaft erscheinen. Immerhin hat die aus ihrer eigenen Initiative hervorgegangene Arbeitseinstellung so starker Arbeitermassen den verantwortlichen Stellen gezeigt, wie hart der Groll über die verfehlten Maßnahmen der Regierung in der Ernährungspolitik ist. Man hat bisher viel zu wenig Rücksicht auf die Arbeiter genommen. Erst jetzt, als es nahezu zu spät war, hat man damit begonnen, die bisher bei den Erzeugern zurückgehaltenen Nahrungsmittel mit der erforderlichen Strenge einzureiben. Hätte man diese Angelegenheit schon früher mit dem notwendigen Ernst betrachtet, dann wäre diese schlimmste Kalamität, in die wir geraten sind, vermieden worden, und es hätte keines Streiks bedurft, um die Regierung an ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft zu erinnern.

Der Metallarbeiter-Verein hat die Leitung des gegen seinen Willen ausgebrochenen Streiks übernommen. Der Umstand, daß so viele Unorganisierte an dem Streik beteiligt waren, machte sich jedoch auch bei dieser Gelegenheit geltend, bemerkt. Unverantwortliche Personen suchten Einfluß zu gewinnen, und es gelang ihnen, die Einmütigkeit zu zerschlagen. Die Arbeit wurde nicht, den gestrigen Bestimmungen entsprechend, überall gleichzeitig wieder aufgenommen. In einigen Betrieben wurde der Streik fortgesetzt und damit der ganze Eindruck gestört, den die imposante und durch ihren ruhigen Verlauf um so eindringlicher wirkende Massen demonstration hervorgerufen hatte.

Auf die näherlich nicht beabsichtigte Nebenwirkung des Streiks weist das nachfolgende Schreiben hin, welches der Generalsekretär v. Hindenburg an den Chef des Kriegsammtes, Generalleutnant Gröner, gerichtet hat:

In den letzten Tagen waren mir Arbeitseinstellungen in einer großen Zahl der Berliner Fabriken für Kriegsmaterial gemeldet worden. Aus den Mitteilungen Euer Excellenz ersehe ich zwar, daß mit wenigen Ausnahmen die Arbeit wieder aufgenommen ist. Die Tatsache jedoch, daß eine Arbeitsniederlegung in der Rüstungsindustrie in größerem Umfange aus Gründen

der Ernährungslage überhaupt möglich war, zwingt mich zu folgenden Ausführungen: Die Gesamtbevölkerung wird von der notwendig gewordenen Verringerung der Brotkrone schwer getroffen. Ich zweifle aber nicht, daß die gleichzeitig erfolgte erhöhte Fleischration und die nunmehr wieder einsetzende regelmäßige Belieferung mit Kartoffeln als Ersatz für die verringerte Brotration gelten können. Auch halte ich es für sicher, daß alle an der Aufbringung und Verteilung dieser Lebensmittel beteiligten Bevölkerungskreise und Behörden sich des Ernstes der Lage bewußt sind, und daß es auf diese Weise gelingen wird, die gegebenen Zusagen zu erfüllen.

Um so weniger kann meines Erachtens die heimische Ernährungslage ein Grund zur Arbeitseinstellung sein. Ich halte es für meine Pflicht, Euer Excellenz darauf hinzuweisen, daß bei der gegenwärtig auf der Westfront auszukämpfenden Schlacht eine ungeminderte Erzeugung an Kriegsmaterial aller Art die allem anderen voranstehende Aufgabe ist, und daß jede noch so unbedeutend erscheinende Arbeitseinstellung eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft bedeutet und sich mir als eine unsühnbare Schuld am Heer und besonders an dem Mann im Schützengraben, der dafür bluten mußte, darstellt.

Ich bitte Euer Excellenz, darum mit allen Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß die Erzeugung von Waffen und Munition in nachdrücklichster Weise gefördert wird, und daß ganz besonders von allen in Frage kommenden Stellen die notwendige Aufklärung der Rüstungsarbeiter betrieben wird, die mir die erste Vorbedingung zur Erreichung unseres großen Zweckes zu sein scheint.

Generalleutnant Gröner hat an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und an die Vorstände der anderen gewerkschaftlichen Verbände folgendes Schreiben gerichtet:

Generalfeldmarschall von Hindenburg hat mir das in Abschrift beigelegte Schreiben übersandt, das ich gleichzeitig der Tagespresse zur Veröffentlichung zugehen lasse. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß es in erster Linie Aufgabe der berufenen Vertreter der Arbeiter sein wird, die von dem Generalfeldmarschall in Anregung gebrachte Aufklärung in umfassender Weise zu organisieren und nachhaltig zu fördern.

Eine wichtige Grundlage für den Erfolg des wirtschaftlichen Durchhaltens in der Heimat ist die rückhaltlose Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen mit dem Kriegsamt, wie dies auch bei der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes in besonderer Weise zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Worte des Feldmarschalls werden gewiß dazu beitragen, daß die deutsche Arbeiterschaft sich dessen bewußt bleibt, daß die im Hilfsdienstgesetz für den Krieg vorgesehene Regelung des Arbeitsverhältnisses für die Arbeiterschaft nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gebracht hat. Daher bezweifle ich auch nicht, daß dieser Appell an das Verantwortungsgefühl und das Pflichtbewußtsein in der Arbeiterschaft vollen Widerhall finden wird.

Wir sind überzeugt, daß es nicht die Absicht der streikenden Arbeiter war, die Verteidigungskraft des deutschen Heeres zu schwächen. Sie wollten sicher nicht, daß die ohnehin so große Zahl von Opfern, die in den furchtbaren Kämpfen fallen, noch eine weitere Steigerung erfährt. Tatsächlich ist aber die ausreichende Versorgung mit Waffen und Munition der einzige Schutz, den wir unseren von der feindlichen Uebermacht bedrohten Brüdern gewähren können.

Die Streikenden wollten für eine schnelle Herbeiführung des Friedens wirken. Ein Massenstreik in diesem Augenblick ist aber geeignet, die entgegengesetzte Wirkung hervorzurufen. Es hat den Anschein, als nähere sich der Krieg seinem Ende. Wird aber in den feindlichen Ländern die Hoffnung geweckt, als ob sich in Deutschland Unruhen vorbereiten, dann stärkt das dort den Kriegswillen, und der Friedensschluß wird verzögert.

Es ist auch nicht unbekannt, daß gewisse einflussreiche Unternehmungskreise fortgesetzt gegen die den Arbeitern im Hilfsdienstgesetz gewährten Sicherungen wühlen und anstatt dessen die Militarisierung der Betriebe anstreben, wobei den unter die Militärgesetze gestellten Arbeitern jede Bewegungsfreiheit genommen würde. Durch Massenstreiks in der Rüstungsindustrie erfahren diese Bestrebungen die stärkste Förderung.

Wir brauchen auch jetzt nicht grundsätzlich auf das Mittel der Arbeitseinstellung zu verzichten, um notwendige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erforderlichenfalls zu erzwingen. Aber bei solchen Beschlüssen müssen alle in Betracht kommenden Momente doppelt vorsichtig erwogen werden. Nur die zuständigen Gewerkschaften sind berufen, die Entscheidungen zu treffen. Wilde Streiks sind stets unangebracht, jetzt aber ganz besonders. Mehr noch als sonst müssen die Arbeiter darauf sehen, daß bei jeder Arbeitseinstellung die gewerkschaftlichen Regeln beachtet werden.

Der Sprachenparagraf ist aufgehoben.

Der Bundesrat ist in seiner Sitzung vom 19. April dem Beschluß des Reichstages beigetreten, der den § 12 des Reichsvereinsgesetzes aufhebt. Damit ist der Sprachenparagraf gefallen, der im ersten Abstrich lautet: „Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen.“ Die weiteren Absätze des Paragrafen betreffen Ausnahmen von dieser Regel. Der Sprachenparagraf war ein Ausnahmegesetz gegen die Polen und gegen die Volksgenossen mit anderer nicht-deutscher Muttersprache in der Ausübung des Versammlungsrechtes. Ganz besonders aber traf er die Gewerkschaften. Der Sprachenparagraf sollte es ihnen unmöglich machen, zu den fremdsprachigen Arbeitern, die von den Unternehmern als Lohnrücker herangezogen wurden, in deren eigener Sprache zu sprechen und bei ihnen Verständnis für die Bestrebungen der Gewerkschaften zu wecken.

Gleichzeitig ist der Bundesrat dem Beschluß des Reichstages auf Aufhebung des Jesuitengesetzes beigetreten. Damit ist der letzte Rest der sogenannten Kulturkampfgesetze gefallen. Das Jesuitengesetz vom 4. Juli 1875 verbot dem Jesuitenorden, in Deutschland Niederlassungen zu errichten. Für das Zentrum war dieses Gesetz ein wertvolles Agitationsmittel. Im Hinblick auf das Jesuitengesetz wurde es dargestellt, als ob sich die katholische Kirche in Deutschland unter dem Druck einer Ausnahmegesetzgebung befände. Man darf bezweifeln, daß die Aufhebung des Jesuitengesetzes bei den Angehörigen der katholischen Kirche ungeteilte Freude erwecken wird.

Wir begrüßen die Beschlüsse des Bundesrats in beiden Fragen, weil wir Gegner jeder Ausnahmegesetzgebung sind, gleichviel gegen wen sie sich richtet. Mit diesen Beschlüssen ist der erste Schritt auf dem Wege zur Neuorientierung gemacht. Angesichts des ungeheuren Wustes von Unrat, der wegzuräumen ist, ein kleiner und bescheidener Anfangsbeitrag erlahmt der Eifer der Regierung nicht. Es gilt noch sehr tüchtige Arbeit zu leisten, um das Deutsche Reich in einen Zustand zu versetzen, der es auch für die arbeitende Bevölkerung wohnlich macht.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Einschließlich des Lokalbeitrages beträgt der wöchentliche Verbandsbeitrag in der Zahlstelle Bonn a. L. Mai für männliche Mitglieder 1 Mk.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 17. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 42636 Clemens Kirchner, Eschl., geb. 25. 5. 61 zu Quohren
- 317356 Fritz Brehl, Eschl., geb. 7. 2. 60 zu Fulda.
- 694109 Fritz Nibhon, Eschl., geb. 25. 7. 83 zu Drafschelhof
- 612081 Minna Hinrichs, geb. Reunede, Stuhlrohrarbeiterin geb. 28. 5. 97 zu Bremen.
- 719590 Joh. Müller, Säger, geb. 22. 1. 57 zu Unterrodach
- 628219 Lorenz Döhler, Säger, geb. 9. 5. 67 zu Schöen.
- 644412 Friedr. Wallowig, Eschl., 8. 1. 83 zu Johannsburg
- 738997 Franz Otto, Drechler, geb. 2. 1. 64 zu Puppensbruch
- 753190 Dionys. Sazinger, Eschl., geb. 24. 11. 89 zu Apfelbach

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Teuerungszulagen im Dresdener Gau.

Der Vorstand und die Städtekonferenz, welche am 3. Oktober v. J. in Berlin tagte, waren gut beraten, als sie beschlossen, allorts 20 Pf. pro Stunde resp. 33 1/2 Prozent Erhöhung der Akkordpreise und für Arbeiterinnen einen Mindeststundenlohn von 40 Pf. zu fordern. Durch diese Aufstellung eines einheitlichen Zieles wurde nicht nur die Erreichung höherer Teuerungszulagen als bis dahin üblich erleichtert, sondern auch unser gesamtes Verbandsleben belebt. Diese allgemein berichtete Erfahrung ist auch im Dresdener Gau zu verzeichnen.

Die allgemeine Durchführung dieser geforderten Teuerungszulage stieß allerdings auf mancherlei Schwierigkeiten. Es gibt noch immer eine große Anzahl Arbeitgeber, welche in altkapitalistischer Art jede Lohnerrhöhung mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Teilweise liegt die Schuld aber auch an unseren eigenen Kollegen, die wohl mit der Faust in der Tasche über die Rot der Zeit schimpfen, aber nicht den genügenden Mut aufbringen, persönlich ihren Arbeitgeber gegenüber die gestellten Forderungen nachdrücklich zu verteidigen. Die bisher erzielten Erfolge sind daherhalb auch recht unterschiedlich und richteten sich fast immer nach dem Stand der Organisation und der Kampflust unserer Kollegen.

Für die Bau- und Möbelfabrikanten wurde die Bewegung zuerst eingeleitet. Diese Branche hat im Dresdener Gau nicht die Bedeutung, wie es sonst im übrigen Deutschland der Fall ist, weil in der Hauptsache Spezialindustrien in Frage kommen. Durch die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe in Berlin am 10. November v. J. wurden für die Kollegen in Dresden 15 Pf. und für die Kollegen in Meissen, Radeburg sowie Zittau-Großschönau je 16 Pf. Teuerungszulage erreicht. Die weitere Erhöhung der Löhne entsprechend dem gesteigerten Vertragslohn und die „sinngemäße“ Umrechnung der Teuerungszulage auf die Akkordpreise veranlaßten Schwierigkeiten, die noch nicht in allen Betrieben behoben sind. In den Orten, in denen die Arbeitgeber nicht dem Arbeitgeber-Schutzverband angehören, wurden erreicht: In Döbeln 15 Pf. für männliche und 8 Pf. für weibliche Kollegen sowie für jedes Kind pro Woche 20 Pf. In Großenhain 15 bis 22 Pf. pro Stunde, 22 bis 27 Pf. Erhöhung des Vertragslohnes und 40 Prozent Erhöhung des Bauhilfslertarifs. In Neugersdorf 18 Pf. pro Stunde, in einem Betrieb erst nach einer Verhandlung vor dem Dresdener Schiedshof. In Döberitz 16 Pf. für männliche und 8 Pf. für weibliche Kollegen pro Stunde. In Birna 18 Pf. für die Männlichen und 10 Pf. für die Weiblichen und Jugendlichen sowie in Rabenau 15 Pf. pro Stunde.

Für die Weibmöbelfabrikanten fanden mit dem Verband der Sächsischen Möbelfabrikanten allgemeine Verhandlungen statt. Dabei wurden insgesamt 20 Pf. für die männlichen und 10 Pf. für die weiblichen und jugendlichen Kollegen vereinbart. In Betracht kommen hier die Kollegen in den Zahlstellen Bischofswerda, Cunnersdorf, Radeberg, Riesa und Wilsdruff. Diese Vereinbarung wurde fast allgemein durchgeführt, nur in einem Betrieb in Radeberg und in Wilsdruff kamen die weiblichen Arbeiter nicht voll zu ihrem Recht. Schuld daran ist jedoch die geringe Organisation derselben.

Für die Stuhlarbeiter regte der Gauverband beim Verband der Stuhlfabrikanten allgemeine

Verhandlungen an, ohne jedoch die gewünschte Gegenliebe zu finden. Es mußte dieserhalb örtlich verhandelt werden. Dabei wurden erreicht: in Brand 10 bis 20 Pf. pro Stunde Lohnerhöhung und 51 Prozent Erhöhung des Stuhlbaufaktors; in Colmitz durchschnittlich 15 Pf. Lohnerhöhung; in Geringswalde, Hartha, Leisnig, Mittweida, Neuhausen, Rabenau und Waldheim 15 Pf. für die männlichen und 8 Pf. für die weiblichen und jugendlichen Arbeiter pro Stunde. In Neuhausen und Rabenau sollte die Teuerungszulage für die weiblichen Arbeiter noch einer besonderen Vereinbarung unterliegen. Der Akkordtarif wird in Neuhausen um 30 Prozent erhöht.

Für die Klavierarbeiter mußte gleichfalls örtlich verhandelt werden, dabei wurden erreicht: in Dresden und Meissen 18 Pf. pro Stunde, in Löbau 15 Pf. pro Stunde und in Ebersbach wöchentlich 6 Kronen. Der geringe Erfolg in Ebersbach ist neben der Ursache, daß der Betrieb auf österreichischem Boden liegt und der Stand der österreichischen Valuta ein sehr ungünstiger ist, gleichfalls auf mangelhafte Organisation der Kollegen zurückzuführen.

Für die Korbmacher wurde in Dresden und Kößgenbroda auf den Akkordtarif für geringere Arbeiten 75 Prozent Erhöhung vereinbart. Eine weitere Erhöhung steht bevor. Für die Geschloßkorbmacher in Dresden, Kößgenbroda, Mühlberg und Schandau gilt der Reichstarif, und ist der Verdienst durch strenge Einhaltung desselben gegenüber dem früheren Verdienst der Korbmacher ganz erheblich gestiegen.

Für die Stellmacher wurden erreicht in der Waggonfabrik in Bautzen 31 Prozent Erhöhung der Löhne und der Abschlagszahlungen und täglich 65 Pf. Teuerungszulage. Sämtliche Akkordtarife, auch die für die Kriegsarbeiten, wurden um 20 Prozent erhöht, und am 1. Juli d. J. werden die Verhandlungen fortgesetzt. In Dresden erreichten die Stellmacher wöchentlich 7 Mk. Zulage. In den Kaffeeerfabriken in Bautzen werden 18 Pf. und in Radeberg 20 Pf. pro Stunde Teuerungszulage gezahlt.

Für die Ristenbauer und Sägewerksarbeiter wurden vereinbart in Bärenstein für die männlichen Arbeiter 20 Pf. und für die weiblichen und jugendlichen Arbeiter 10 Pf. pro Stunde, in Dresden und Moritzdorf 8 bis 15 Pf. pro Stunde und in Riesa-Gröbba im Hafenhobelwerk und in der Ristenfabrik 15 Pf. pro Stunde. Der Mindestlohn für weibliche und jugendliche Arbeiter wurde im Hafenhobelwerk auf 40 Pf., im Betrieb der GEG. für die Hilfs- und Sogarbeiter auf 70 Pf. und für die Ristenbauer und Maschinenarbeiter auf 80 Pf. festgesetzt. Die Sägewerksarbeiter in Dresden erhalten wöchentlich 7 Mk., und für die Holzplagarbeiter wurde der Vertragslohn von 48 auf 71 Pf. erhöht.

Für die Bürstenmacher in Dresden wurden der Mindestlohn um 18 Pf. pro Stunde und die Akkordpreise um 33,3 Prozent erhöht. Für die Kamm- und Saarschmuckarbeiter in Dresden sowie für die Futormaschinenarbeiter in Dresden wurden neuerdings 10 Prozent Erhöhung der Akkordpreise vereinbart. Für die Modell- und Fabrikfischer in Dresden sowie für die Fischer im Mühlbau, in den Nähmaschinenfabriken und in der Photographischen Branche in Dresden richteten sich die Arbeitgeber in der Regel nach der Vereinbarung für die Bau- und Möbelfischer und wählten in der Hauptsache die Form der Lohnerhöhung. Die Fabrikfischer in Meissen erhalten 20 Pf. und die Stocarbeiter in Meissen 14 Pf. für die männlichen und 8 Pf. für die weiblichen Kollegen Zulage pro Stunde. Die Kollegen in der Photographischen Branche in Rabenau erhalten 15 Pf. pro Stunde.

Für die Kollegen in den Holzwarenfabriken wurden erreicht in Glashütte insgesamt 45 Prozent Erhöhung der Löhne und der Akkordpreise. In einem Teil der Holzwarenfabriken in Döbernau, Podkau und Leubsdorf werden 25 bis 40 Prozent Erhöhung der Löhne und der Akkordpreise gezahlt. Die Bewegung im Gebiet der Holzstellen Eppendorf, Marienberg und Döbernau sowie Deutschneudorf und Neuhausen kann jedoch noch lange nicht als abgeschlossen gelten. In diesem Gebiet läßt die Organisation der Kollegen noch sehr viel zu wünschen übrig, und ist dieserhalb hier der Erfolg teilweise noch recht mager.

Mit dieser Zusammenstellung ist die Liste der erreichten Teuerungszulagen jedoch nicht abgeschlossen. In einer Anzahl von Orten wurden für einzelne Betriebe mit einer nur geringen Beschäftigungszahl ebenfalls Teuerungszulagen vereinbart, die im Durchschnitt den genannten Sätzen entsprechen.

Die Erfahrungen, die nach der Durchführung dieser Lohnbewegungen gemacht wurden, sind gleichfalls recht unterschiedliche. In einer Anzahl von Orten und Betrieben konnten die Kollegen durch Einzeltorgänge über den Rahmen der allgemeinen Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen hinaus ihre Löhne und Akkordpreise zum Teil sogar recht wesentlich erhöhen. Aus einigen Betrieben wurde dagegen dem Gauvorstand bekannt, daß die Arbeitgeber durch Herabdrückung der Löhne sich für die gewöhnlichen allgemeinen Lohnerhöhungen schadlos hielten. Besonders den Lohn neu eingestellter Kollegen suchten sie zu drücken. Wie bei der Erreichung allgemeiner Teuerungszulagen der Stand der Organisation und der persönliche Mut der Kollegen beeinflussend sind, in dem gleichen Maße ist auch die Hebung oder Senkung des Durchschnittsverdienstes innerhalb der einzelnen Betriebe von dem Organisationsstand und dem persönlichen Verhalten der Kollegen abhängig. Hoffentlich gelingt es, durch baldigen Ausbau der Organisation zur Einheitlichkeit und durch weitere Stärkung des Kampfesmuten der Kollegenschaft die nötigen Voraussetzungen zur weiteren Erreichung höherer Lohnsteigerungen zu schaffen. Der Anfang der eingetretenen Teuerung ist leider ein so gewaltiger, daß die bisher erreichten Lohnsteigerungen nur einen teilweisen Ausgleich bilden und weitere Lohnzulagen dringend nötig sind. Ohne eine weitere Stärkung der Organisation und ohne einen festen Willen der Kollegen dürften diese aber nur in seltenen Fällen zu erreichen sein.

Königswusterhausen. Die Lohnbewegung bei der Firma Schütte u. Lang ist vorläufig beendet. Mit rückwirkender Kraft bis 14. April resp. 28. März wird eine allgemeine Lohnerhöhung für Facharbeiter von 15 Pf. pro Stunde, für Hilfs- und weibliche Arbeiter von 10 Pf. pro Stunde gezahlt. Außerdem wurden durch weitere Verhandlungen eine Teuerungszulage für Facharbeiter von 15 Pf., Ledige von 10 Pf. pro Stunde, für Hilfs- resp. weibliche Arbeiter von 10 Pf. bzw. 7 Pf. pro Stunde erreicht. Die Kinderzulage von 20 Pf. täglich pro Kind bleibt bestehen. Die frühere Teuerungszulage von 60 bzw. 50 Pf. täglich kommt in Wegfall. Ist somit durch die Geschlossenheit der Arbeiter Meinenswertes herausgeholt worden, so muß trotzdem gesagt werden, daß die inneren Zustände des Betriebes als auch die Kantinenangelegenheit noch der Besserung bedürfen. — Am 22. April war Zahlstellenversammlung. Leider ließ der Besuch zu wünschen übrig. Die Kollegen dürften nicht auf ihren Vorbeeren ausruhen. Die Versammlung beschäftigte sich mit den Ernährungszuständen im Orte und beauftragte den Vorstand, geeignete Schritte zu ihrer Besserung zu unternehmen. Ferner beschloß die Versammlung, jeden zweiten Freitag im Monat regelmäßig die Zahlstellenversammlung abzuhalten. Es sollen dabei Vorträge aus dem Verbands- und Wirtschaftsleben gehalten werden. Der anwesende Gauvorsteher sagte seine Unterstützung zu. Es sind noch viele unorganisierte Kollegen im Betrieb, diese müssen aufgeklärt und dem Verband zugeführt werden, dann wird es auch bei uns vorwärtsgehen.

Aus der Holzindustrie.

Aus den Jahresberichten der Zahlstellen.

Die Zahlstelle Berlin weist in der Einleitung zum Jahresbericht darauf hin, daß sich die Geschäftslage im Jahre 1916 gegenüber dem Vorjahr wesentlich gehoben habe. Neben einer größeren Nachfrage nach Erzeugnissen unserer Industrie lagen auch umfangreiche Aufträge für den Kriegsbedarf vor. Die Besserung der Geschäftslage hat auch der Agitation für den Verband einen größeren Erfolg gebracht. Die Zahl der aufgenommenen Mitglieder stieg von 3086 im Jahre 1915 auf 3447 im Jahre 1917. Auch die Mitgliederzahl ist, unter Einrechnung der Kriegsteilnehmer, von 20 349 Ende 1915 auf 21 102 Ende 1916 gestiegen. Da jedoch 10 317 Mitglieder im Militärdienst standen, waren am Jahresfluß nur 10 785 Mitglieder vorhanden, darunter

596 weibliche und 40 jugendliche. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich im Berichtsjahr um 186 erhöht.

Eine rege Tätigkeit entfaltete die Verwaltung zur Erlangung von Teuerungszulagen. Nach einer Zusammenstellung über den Stand am 16. September 1916 waren bis dahin für etwa 9000 Kollegen Zulagen bewilligt. Hiernach standen am günstigsten die Ristenmacher, die zu einem durchschnittlichen Stundenverdienst von 104 Pf. eine durchschnittliche Stundenzulage von 17 Pf. erlangt hatten. Die höchste Zulage mit durchschnittlich 54 1/2 Pf. zu einem Stundenlohn von 86 Pf. erhielten die Modell- und Fabrikfischer. Am ungünstigsten standen nach dieser Statistik die Schirmmacher mit einem durchschnittlichen Stundenverdienst von 72 Pf. und einer durchschnittlichen Zulage von 9 1/2 Pf. und die Schirmmacher mit 72 1/2 Pf. Stundenverdienst und 8 Pf. Zulage. Von den weiblichen Arbeitern hatten die Schirmmacher 31 1/2 Pf. und 4 Pf. Zulage, in der Klavierbranche betrug der Lohn der Arbeiterinnen 41 Pf. und die Zulage 3 Pf., in der Kammbranche 34 Pf. bzw. 3 Pf. und bei den Bergoldern 48 Pf. und 4 Pf. Zulage. Die Bewegung zur Erlangung von Teuerungszulagen war zu diesem Zeitpunkt bekanntlich nicht abgeschlossen. Mit dem Arbeitgeber-Schutzverband hatten Verhandlungen geschwebt, die zu keinem rechten Resultat führten. Durch das Eingreifen der Zentralvorstände wurde erreicht, daß zu den im September 1916 bewilligten 25 Prozent Zuschlag am 15. Februar 1917 ein weiterer Zuschlag von 5 Prozent trat. Mit den Flugzeugwerken wurde im Mai 1916 ein Tarifvertrag abgeschlossen, der bei 51stündiger Arbeitszeit den Fischlern einen Einstellungslohn von 80 Pf. sichert, der nach 8 Arbeitstagen mit rückwirkender Kraft auf 85 Pf. steigt. Bei Akkordarbeit soll mindestens 20 Prozent über den Stundenlohn verdient werden. Haushaltungsvorstände erhalten 22 Pf. Teuerungszulage. Später wurde die Teuerungszulage mit Wirkung vom 23. Oktober um weitere 8 Pf. erhöht. — Von 2840 Holzarbeitern, die in den 10 Betrieben der Flugzeugindustrie beschäftigt sind, gehören 2214 dem Verband an.

Der Niederländische Möbelarbeiter-Verband hat im Februar dieses Jahres mit dem Verband der Möbelfabrikanten einen Tarifvertrag abgeschlossen. Der Vertrag gilt für Möbelarbeiter, Stuhlmacher, Drechsler, Maschinenarbeiter, Polierer sowie Bildhauer und Tapezierer. Der Vertrag setzt Mindestlöhne fest, die aber recht unterschiedlich sind. Die in Betracht kommenden Städte sind zunächst

Arbeitslosigkeit im 1. Quartal 1917.

Gau	Beschäftigten haben berichtet	Mittgliederzahl am Schluß des Quartals	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Purschreitende am letzten Tage des Quartals	Unterstützung haben erhalten								
			vom vorigen Quartal	Zugang in diesem Quartal	Gesamtzahl	am letzten Tage d. Quart.		Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise				
								Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	
Danzig	35	1817	11	37	48	14	—	28	288	330	89	18	37	37	—	—
Stettin	34	1314	—	34	34	2	—	8	145	222	35	10	25	23	—	—
Breslau	44	3018	40	149	189	17	—	23	302	382	65	9	19	19	—	—
Berlin	85	14880	179	2928	3107	213	—	292	3259	4907	11	57	159	158	—	1
Dresden	53	7602	61	190	251	13	—	55	616	892	41	23	43	39	90	1
Leipzig	53	8320	141	464	605	110	—	82	1325	1538	25	19	43	75	85	1
Erfurt	70	2874	13	289	302	9	—	38	535	757	54	7	16	16	—	1
Magdeburg	34	2898	14	63	77	4	—	20	251	331	50	13	30	30	—	—
Hamburg	61	7716	43	941	984	45	—	77	1074	1752	39	69	153	159	—	—
Hannover	40	3457	6	283	289	6	—	31	378	585	87	30	72	72	—	—
Düsseldorf	47	2756	3	60	63	1	—	7	88	115	95	17	48	48	—	—
Frankfurt	55	3570	7	86	93	5	2	20	370	536	12	15	35	35	—	—
Nürnberg	51	5464	140	269	409	110	—	178	1991	2921	16	7	21	20	—	—
München	31	3058	12	181	193	7	—	58	711	1007	18	8	19	19	—	—
Stuttgart	68	4055	10	42	52	9	—	8	99	161	65	14	46	41	80	2
Hauptstadt	—	77	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	5	3	60	—

Im ersten Quartal 1917 meldeten sich insgesamt 6696 Mitglieder arbeitslos, gegen 6546 im vorigen Quartal und 11 560 im ersten Quartal 1916.

Von je hundert der jeweiligen Mitgliederzahl betrug die Zahl der Arbeitslosen im Berichtsquartal 9,2, im Vorquartal 9,5, im ersten Quartal des Vorjahres 16,7. Die Arbeitslosigkeit ist also im Berichtsquartal gegen das Vorquartal um 0,3 Prozent und gegen das Vergleichsquartal des Vorjahres um 7,5 Prozent gesunken. Auch der Prozentfuß der Mitglieder, die am letzten Tage des Quartals arbeitslos waren, hat sich weiter erniedrigt und beträgt 0,77 Prozent, gegen 0,99 Prozent im Vorquartal und 1,7 Prozent im vorjährigen Vergleichsquartal.

Den höchsten Prozentfuß an Arbeitslosen hat von den Gauen wiederum der Gau Berlin aufzuweisen, und zwar mit 20,9 (23,3 im Vorquartal) Prozent. Dann folgen: Hamburg 12,8 (13,8), Erfurt 10,5 (2,2), Hannover 8,4 (9,3), Nürnberg 7,5 (5,9), Leipzig 7,3 (8,7), Breslau 6,3 (8,3), München 6,3 (4,4), Dresden 3,3 (3,3), Magdeburg 2,7 (1,9), Danzig 2,6 (1,4), Stettin 2,6 (1,1), Frankfurt 2,6 (3,8), Düsseldorf 2,3 (2,3) und Stuttgart 1,3 (1,5). Demnach zeigen 7 Gauen ein Fallen der Arbeitslosenziffern, während 6 Gauen eine Steigerung aufzuweisen hatten, die im Gau Erfurt am erheblichsten war. In den Gauen Dresden und Düsseldorf blieb der Prozentfuß der gleiche wie im Vorquartal.

Ueber den Reichsdurchschnitt von 0,77 Prozent gehen nur die Gauen Nürnberg mit 2,0, Berlin 1,4, Leipzig 1,3 und Danzig mit 0,8 Prozent hinaus.

Der Zugang an Arbeitslosen belief sich im Berichtsquartal auf 6016 gegen 5848 bzw. 9576 in den beiden angeführten Vergleichszeiten.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen bezieht sich auf 925: im vorigen Quartal auf 660 und im ersten Quartal 1916 auf 2578. Auf 100 Arbeitslose entfallen 13,8 Unterstützte gegen 10,4 bzw. 22,3 in den bezeichneten Vergleichszeiten.

In den einzelnen Gauen schwankt der Anteil der Unterstützten an der Gesamtzahl der Arbeitslosen zwischen 3,3

und 7,8 Prozent; er beträgt im Gau Danzig 58,3, Nürnberg 43,5, München 30,0, Magdeburg 26,0, Stettin 23,5, Dresden 21,0, Frankfurt 21,5, Stuttgart 15,4, Leipzig 13,5, Breslau 12,2, Erfurt 12,2, Düsseldorf 11,1, Hannover 10,7, Berlin 9,4 und Hamburg 7,8 Prozent.

Die durchschnittliche Dauer der unterstützten Arbeitslosigkeit betrug 12,4 Tage, gegen 12,0 im vorigen und 12,9 im ersten Quartal 1916.

Der durchschnittliche Betrag der ausgezahlten Unterstützung betrug im Berichtsquartal 17,77 Mk., gegen 15,41 Mk. im vorigen Quartal und 18,25 Mk. im Vergleichsquartal des Vorjahres.

Der Gau Frankfurt hatte mit 18,5 Tagen den höchsten Durchschnitt der unterstützten Zeit aufzuweisen, den niedrigsten der Gau Danzig mit 10,3 Tagen.

Mit dem durchschnittlichen Unterstützungsbetrag von 27,79 Mk. steht der Gau Stettin an erster und der Gau Danzig mit 11,82 Mk. an letzter Stelle.

Die Reiseunterstützung ist gegen das vorige Quartal um 153,15 Mk. und gegen das erste Quartal 1916 um 1887,47 Mk. niedriger.

Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mitglieder ist wieder daran zu erinnern, daß es sich bei den Zahlen in der Tabelle in Wirklichkeit nicht um so viele Mitglieder handelt, da die reisenden Mitglieder so oft mehrfach gezählt werden, als sie in mehr als einer Zahlstelle Unterstützung erheben.

Als recht bedauerliche Erscheinung muß es leider beklagt werden, daß die Berichtskarten nicht mit der erforderlichen Pünktlichkeit eingekandt werden.

Zum Schluß richten wir wieder das Ersuchen an alle Verbandsmitglieder, auch in Zukunft zur Ermöglichung einer vollständigen Arbeitslosenstatistik dadurch beizutragen, daß jeder, ob unterstützungsberchtig oder nicht, im Falle der Arbeitslosigkeit die sofortige Meldung bei der Lokalverwaltung nicht veräumen möge.

Der Verbandsvorstand.

In vier Gruppen geteilt. In jedem Ort gibt es für jede Branche drei Lohnklassen in der Weise, daß die Arbeiter bis zum Alter von 24 Jahren die erste, die bis 26 Jahren die zweite und die mit 28 und mehr Jahren die dritte Klasse bilden. So beträgt der Stundenlohn in der Ortsgruppe, zu welcher die größten Städte des Landes: Amsterdam, Den Haag und Rotterdam gehören, für Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter 28 bzw. 30 bzw. 32 Cent die Stunde; für Polierer 26, 28 und 28 Cent; für Bildhauer 31, 32 und 34 Cent; für Tapezierer 26, 28 und 30 Cent. Mit dem Inkrafttreten des Vertrages würden die bestehenden Löhne um 3 Cent erhöht und mit der aufgestellten Stala in Uebereinstimmung gebracht. Am 1. März 1918 werden die Löhne um 2 Cent und am 1. März 1919 nochmals um 1 Cent erhöht. Die Arbeitszeit ist auf 10 Stunden festgesetzt; die Tapezierer arbeiten in den Monaten März bis Juni 11 Stunden. Bemerkenswert ist der Anspruch auf Urlaub von drei Tagen, den der Vertrag jedem Arbeiter nach einjähriger Tätigkeit im Betrieb einräumt. Der Vertrag ist auf drei Jahre abgeschlossen und gilt bis zum 29. Februar 1920.

Der Norwegische Holzarbeiter-Verband zählt etwa 5400 Mitglieder, von denen 3500 an der in diesem Frühjahr stattfindenden Tarifrevision in der Bausticherei und in den Holzwarenfabriken beteiligt sind. Auf Grund gesetzlicher Bestimmungen ist die wöchentliche Arbeitszeit ab 1. Januar 1917 auf höchstens 54 Stunden festgesetzt. Der Verband hat seinen Sitz in Kristiania; in Bergen wurde am 1. Januar ein Zweigbüro mit einem besoldeten Sekretär eingerichtet.

Der Schwedische Holzarbeiter-Verband hat die am 1. April 1917 ablaufenden Tarifverträge mit dem Zentralverband der Arbeitgeber um ein Jahr verlängert. Die entsprechende Vereinbarung ist bereits am 13. September 1916 getroffen worden und brachte den Arbeitern mit Wirkung vom 18. August 1916 an nicht unbeträchtliche Lohnhöhungen. So wurde der Stundenlohn der Tischler in Stockholm von 62 auf 72 Ore erhöht. Die Lohnhöhung beträgt in den meisten Orten 9 bis 10 Ore, in einigen Städten beträgt die Erhöhung nur 7, in anderen aber 12 Ore. Im allgemeinen schwankt der Lohn der Tischler und der Zimmerer zwischen 58 und 66 Ore, doch kommen Abweichungen nach unten und oben vor.

Der Schwedische Sägewerksarbeiter-Verband hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1916 um 2590 gesteigert. In der Sägewerksindustrie haben im Jahre 1916 51 Lohnbewegungen stattgefunden, an denen 6089 Arbeiter, darunter 3548 Verbandsmitglieder, teilnahmen. Das Ergebnis dieser Bewegungen war ein Mehrerdienst von 1 110 000 Kronen. In rund 100 Betrieben erhielten die Arbeiter Teuerungszulagen im Gesamtbetrag von 1 1/2 Millionen Kronen. Für das laufende Jahr sind große Lohnbewegungen eingeleitet, an denen 11 000 Arbeiter, darunter 5700 Verbandsmitglieder, beteiligt sein werden.

Der ungarländische Holzarbeiter-Verband veröffentlicht seine Jahresabrechnung und teilt dabei mit, daß 70 Prozent seiner Mitglieder im Seere stehen. Die Zurückgebliebenen befinden sich in üblen Verhältnissen. Die Betriebe stehen zwar unter strenger militärischer Aufsicht, doch scheint sich diese nicht auf die Zahlung angemessener Löhne zu erstrecken. Die Löhne reichen nicht aus, um auch nur die notwendigen Nahrungsmittel zu kaufen, die Anschaffung von Kleidungsstücken und Schuhen ist ganz unmöglich. Trotzdem hat die Organisation Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl ist von 2533 Ende 1915 auf 3845 Ende 1916 gestiegen.

Im Jahre 1918 hatte der Verband 10 665 Mitglieder. Die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder befindet sich in der Landeshauptstadt. In Budapest gibt es 10 Fachsektionen mit 2347 Mitgliedern. In der Umgebung von Budapest bestehen 8 Ortsgruppen mit 847 Mitgliedern, und auf das ganze übrige Ungarn kommen 28 Ortsgruppen mit 651 Mitgliedern.

Maschinenkurse für die Holzindustrie.

Die württembergische Zentralstelle für Gewerbe und Handel beabsichtigt demnächst, im Einvernehmen mit dem kgl. Kriegsministerium, Unterrichtskurse in der Behandlung von Holzbearbeitungsmaschinen abzuhalten. Der Zweck der Kurse ist, männliche und weibliche Hilfskräfte soweit mit der Bedienung von Holzbearbeitungsmaschinen vertraut zu machen, daß sie in der Kriegsindustrie des Landes entsprechende Verwendung finden können. Fachkenntnisse sind nicht unbedingt notwendig, dagegen ist eine genügende körperliche und geistige Befähigung Voraussetzung für die Zulassung. Die Kursleitung behält sich vor, solche Kurs Teilnehmer, deren Teilnahme am Unterricht keinen Erfolg verspricht, vor Ende des Kursus zu entlassen.

Der Unterricht umfaßt: 1. Allgemeine Behandlung der kombinierten und Spezialmaschinen mit den zugehörigen Schutzvorrichtungen sowie der Elektromotoren. 2. Einzel- ausbildung an der Bandsäge, Hobelmaschine, Kreissäge, Bohrmaschine, Fräse und Drehbank.

Die Ausbildung kann sowohl an einer einzelnen als auch an sämtlichen Maschinen erfolgen; es ist für jede Maschine eine Ausbildungszeit von 8 bis 10 Tagen in Aussicht genommen. Ein Unterrichtsgeld wird nicht erhoben. Anmeldungen für den Kursus sind möglichst bald an die kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart oder im Unterrichtsgebäude, Herdweg Nr. 34, einzureichen. Auswärtigen Teilnehmern kann im Bedarfsfall ein Beitrag zu ihren Aufenthalts- und Reisekosten gezahlt werden.

Gewerkschaftliches.

Der Bericht der Generalkommission.

Die Generalkommission hat der letzten Konferenz der Zentralvorstände einen umfangreichen Jahresbericht unterbreitet. Im „Correspondenzblatt“ wird ein Auszug daraus weitergegeben, der aber auch noch einen erheblichen Raum einnimmt. Zu begrüßen ist die Ankündigung, daß nach Kriegsende ein Bericht über die gesamte Tätigkeit der Generalkommission veröffentlicht werden wird. Diese zusammenhängende Darstellung wird erst deutlich erkennen lassen, mit welchem Eifer die Generalkommission die Interessen der Arbeiterschaft während des Krieges auf den verschiedensten Gebieten wahrgenommen hat.

Der Bericht erinnert daran, daß im Jahre 1916 zahlreiche Eingaben von den Zentralstellen aller Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen gemeinsam gemacht wurden, und daß die Konferenzen zur Beratung der Kriegsbeschädigtenfürsorge im August in Köln und die zur Beratung des Hilfsdienstgesetzes im Dezember in Berlin gemeinsam veranstaltet wurden. Dieses Zusammenwirken der auf verschiedenen Grundanschauungen stehenden Arbeiterorganisationen darf als ein beachtenswerter Fortschritt in der Wahrnehmung der Arbeiterinteressen gewertet werden. Es wäre zu wünschen, daß dieses Zusammenarbeiten den Krieg

überdauert. Von manchen Seiten wird auf Grund der bisherigen Erfahrungen bereits ein engerer Zusammenschluß und die Schaffung einer gemeinsamen Zentralkörperschaft empfohlen, die alle Arbeiterorganisationen verschiedener Richtung vereint. Solche Pläne scheinen uns verfrüht. Während der Kriegszeit gemachten Erfahrungen reichen nicht aus, um so weitgehende Beschlüsse zu rechtfertigen. Vorerst genügt das Zusammengehen von Fall zu Fall. Nach dem Kriege wird dieses Zusammenwirken Belastungspunkten zu bestehen haben. Wenn es solche bestanden hätte, dann erst wird der Zeitpunkt gekommen sein, festere Formen für die gemeinsame Tätigkeit zu finden.

Der Bericht erwähnt kurz die Vereinstage in der das Hilfsdienstgesetz. Zur Sicherung des gewerkschaftlichen Vereinigungsrechtes der Eisenbahner bzw. der Anerkennung des neu gegründeten Eisenbahner-Verbandes sind Verhandlungen mit der Reichsregierung und dem Eisenbahnministerium geführt worden, die das bekannte Ergebnis zeigten, daß die Behörden dem Verband zurzeit keine Schwereitigkeiten in den Weg legen.

Die internationale gewerkschaftliche Verbindung wird nur mit den neutralen Ländern aufrechterhalten. Wegen des erhobenen Verlangens, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Deutschland wegzuverlegen, ist zweimal ohne Erfolg der Versuch gemacht worden, eine internationale Gewerkschaftskonferenz abzuhalten.

Der Kassenbericht der Generalkommission schließt mit einer Einnahme von 400 484 Mk. und einer Ausgabe von 440 840 Mk. mit einem Fehlbetrag von 40 355 Mk. ab. Von den Einnahmen entfallen auf Beiträge der Verbände 212 870,21 Mk., auf Extrabeiträge der Verbände 18 764,38 Mk., auf das „Correspondenzblatt“ 8216 Mk., auf die „Gewerkschaftliche Frauen-Zeitung“ 30 829,19 Mk., auf die „Operaio Italiano“ 1432,35 Mk. Von den Ausgaben sind zu nennen: für sachliche Verwaltung der Generalkommission 16 609,96 Mk., persönliche 34 885,32 Mk., Bibliothek 2413,99 Mk., Drucksachen 4381,10 Mk., Kongresse und Konferenzen 12 187,33 Mk., Internationales Sekretariat 3458 Mk., Agitation 188 540,60 Mk., Verlag 24 671,85 Mk., „Correspondenzblatt“ 57 436,48 Mk., „Gewerkschaftliche Frauen-Zeitung“ 37 150,55 Mk., „Operaio Italiano“ 1900 Mk., „Oswiata“ 4900,45 Mk., Zentralarbeitersekretariat 23 165,19 Mk., Sozialpolitische Abteilung 25 770,55 Mk.

Literarisches.

Das Fachblatt für Holzarbeiter bringt im Aprilheft 26 Bildungen von Einrichtungen nach Entwürfen von Prof. Hempel, Karl Vertsch und Prof. Riemerschmid. Winkelmüller setzt den Aufsatz über Tisch fort, während M. Baranatzki über Drechslerarbeiten in der Bau- und Möbelfachlerei schreibt und neue Entwürfe bringt. Die Ähren der romanischen und gotischen Zeit bespricht R. Anger.

Verbandsmitglieder beziehen das monatlich erscheinende „Fachblatt für Holzarbeiter“ durch die Ortsverwaltungen zum Preise von 1 Mk. pro Quartal. Durch die Post oder den Buchhandel bezogen kostet es vierteljährlich 1,20 Mk. Das Fachblatt erscheint im Verlage des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Die Glocke, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Gestorbene Mitglieder.
Ludwig Roschlau, Schreiner, gest. in Coburg.
Herm. Harta, Knopfdrechsler, 54 J., gest. in Breslau.
Karl Görlisch, Tischler, 42 Jahre, gest. in Breslau.
Eduard Ploß, Tischler, 64 Jahre, gest. in Erfurt.
Gustav Sommer, Tischler, 50 Jahre, gest. in Flensburg.
Ernst Heiland, Tischler, 59 Jahre, gest. in Radeberg.
Franz Hubert, 43 J., gest. in Gotha.
Ludwig Koch, Schreiner, 69 Jahre, gest. in Mainz.
Ehre ihrem Andenken.

Mehrere Tischler
auf Bau und Möbel, auch ältere oder Kriegsinvaliden, stellt bei Lohnangabe sofort ein
Otto Schneider,
Großwälderwisch, Bez. Magdeburg.

Stuhlbaner und Tischler
auf geschweifte Arbeiten für Heereslieferung geeignet. Auch Kriegsbeschädigte.
Kürth & Vieber, Geringswalbe i. Sa.

Tüchtige Anschläger
stellt ein Kurt Siebert, Dampfzählerer, Rastenburg (Dvor.).

1 Stuhlpolierer
sucht Otto Seifert, Reichenau (Bez. Dresden).

Holzbearbeitungsfabrik
mit Heereslieferungen sucht einen
Fachmann
(Geozug und Schloßler oder Karren), welcher mit Holz- bearbeitungsmaschinen u. Motoren selbständig umzugehen versteht, als zweiter Werkmeister.
H. Hubert & Nachf., Fabrik-Direktor, Emil Schmalz, Harsein (Hannover).

2 tüchtige Drechsler
auf dauernde Arbeit sofort gesucht.
H. Reiter, Flensburg, Angelburger Straße 6.

Korbmacher auf 98er Munitionskörbe und 15-cm-Langgranaten von Weide sucht
Hermann Kühn, Kößgenbroda.

Suche zum sofortigen Antritt einen tüchtigen
Korbmacher
für Reparatur und Roharbeit, eventuell auch Kriegsbeschädigter.
W. Werner, Ruskau (Ober-Lausitz).

10 Korbmacher
auf 98er Munitionskörbe sofort gesucht.
F. B. Ludwig Hoffmann, Eisleben, Breiter Weg 104.

Tüchtige Korbmacher
u. angeleitete Frauen
für 98er ganz aus Weide, für Drillingsgestelle und 21-cm-Langgranatenkörbe sucht
Theodor Reimann,
Dresden-N., Königstraße 3.

20 Korbmacher
auf Geißkörbe (98er) und 5 Korbmacher auf Peddigrohrmöbel sofort gesucht.
Max Poppel, Dresden-N., Zöllnerstr. 5.

Korbmacher auf alle Sorten Geißkörbe stellt noch ein
Otto Baisch, Korbwarengeschäft, Eisleben.

Korbmacher
auf 98er Munitionskörbe aus grünen Weiden stellen ein
Gebr. Böttcher, Kößgenbroda bei Dresden.

Korbmacher für Minenkörbe u. 98er werden sofort gesucht bei
Otto Mohn, Kößgenbroda, Hauptstr.

2 bis 3 Korbmachergehilfen
auf Zentner-Spreu- u. Rirschkörbe sucht sofort
Paul Hentel, Herwigsdorf b. Löbau (Sach.).

Tüchtige Korbmacher
auf 98er Kartusch- und Ringkörbe stellt ein
Heinrich Franke, Korbwarenfabrik, Nürnberg.

Korbmacher auf 98er Munitionskörbe, 15-cm-Langgranatenkörbe und Minenkörbe (schönes Material vorhanden) stellt sofort ein
Bremer Korbindustrie (Inh.: Carl Pieper), Bremen, Findorffstraße 22.

20 bis 30 Korbmacher
auf 98er Patronenkörbe stellt sofort ein
Ad. Schmilch jun., Korbwarenfabrik, Sangerhütte.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.
Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 14. April bis Freitag, 20. April 1917.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bauhändler			Möbel- tischer			Maschinen- arbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Zusgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Berlin	13	30	24	15	36	29	30	11	32	3	5	79	10	75	159	25	208				
Bremen	1	2	4	5	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Breslau	1	1	12	1	4	1	1	1	1	1	1	114	2	431	2						
Celle																					
Chemnitz	2	10	4	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Eisenburg			1	2																	
Forst																					
Hamburg																					
Hannover					10							14	20		14	30					
Herford																					
Leipzig	1	2	1	15	37	2	8	5	7	1	1	1	6	6	2	58	10				
Lübeck	2	5	1	18																	
Zusammen	2019	37	45	103	38	37	11	30	13	8	33	3	2	5	97	50	98	215	193	235	
Vor. Woche	817	39	27	65	57	23	4	31	11	1	36	1	1	7	88	33	101	158	120	271	

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.